



Das Reichsbanner

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

GEDANKEN ZUM 40. JAHRESTAG DER NOVEMBER-POGROME

Bei den Gedenkstunden aus Anlaß des 40. Jahrestages der sogenannten „Kristallnacht“ — das Wort sogenannt soll andeuten, daß diese Bezeichnung die Geschehnisse eines echten Pogroms nur verniedlicht — ist sehr oft gesagt, noch mehr aber geschrieben worden, daß sich das nationalsozialistische Regime damit demaskiert habe. So war es nun aber wirklich nicht, denn in den vorhergehenden Jahren hatte jedermann genug Zeit, hinter die Maske dieser Ideologie zu schauen.

„Pogrom“, — das aus dem Russischen stammende Wort bedeutet „Vernichtung, Zerstörung, Krawall“, vor allem die — laut Brockhaus — „...mit Plünderung und Gewalttaten verbundene Hetze, besonders gegen die Juden ...“. Die erste offizielle antijüdische Maßnahme des NS-Regimes war der eintägige Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Am 8. April 1933 wurde das erste umfassende Gesetz erlassen, das jüdische Beamte in den Ruhestand versetzte, Hindenburg hatte zunächst noch erreicht, daß kriegsbeschädigte Beamte jüdischer Abstammung von dieser Maßnahme ausgenommen wurden. Sobald Hindenburg verstorben war, galten auch die „nationalen Verdienste“ nichts mehr.

Die auf dem „Reichsparteitag“ in Nürnberg im September 1935 verkündeten „Nürnberger Gesetze“ teilten das Volk in „Staatsbürger“ und „Staatsangehörige“. Dadurch wurde ein Teil der deutschen Bevölkerung zu Bürgern minderen Rechtes gestempelt. Das „Blutschutzgesetz“ verbot Eheschließungen zwischen Juden, teilweise auch Nichtjuden, und Staatsbürgern „deutschen oder artverwandten“ Blutes. Bis zum Kriegsbeginn wurden mehr als 250 antijüdische Maßnahmen verkündet. Durch Verordnung vom 14. November 1935 wurden alle jüdischen Staatsangehörigen endgültig aus der Beamtenschaft entlassen. Damit war schon vor dem 9. Nov. 1938 der schlimmste Rückfall eines zivilisierten Staates in vorrechtsstaatliche Verhältnisse verwirklicht.

Die Schüsse, mit denen der 17jährige Herschel Grynszpan am 7. Nov. 1938 in der deutschen Botschaft in Paris den Gesandtschaftsrat vom Rath niederstreckte, fielen also zu einem Zeitpunkt, in dem das NS-Regime nicht nur fest entschlossen war, den deutschen Juden die ökonomischen Existenzgrundlagen zu entziehen, sondern in dem dies bereits in weitem Umfange verwirklicht war. Der Vorgang in Paris hat die in Deutschland laufende Entwicklung also nicht ausgelöst.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, zum Teil auch noch später, wurden in zahllosen Gewaltaktionen

im ganzen Reich von bestellten Trupps jüdische Geschäfte, Wohnhäuser, Schulen und vor allem Synagogen in Brand gesteckt und zerstört, jüdische Menschen zu Tausenden mißhandelt und verprügelt, zum Teil erschlagen. Heydrich meldete an Göring selbst 36 Tote. Nach demselben, aber noch bei weitem unvollständigen Bericht wurden etwa 250 Synagogen angezündet und 30.000 Juden in Haft genommen. Diese Maßnahmen genügten der NS-Führung nicht. In einer Sitzung am 12. November 1938 wurden unter der Leitung Görings eine Reihe weiterer Maßnahmen beschlossen. Den jüdischen Bürgern wurde eine Sühneleistung von einer Milliarde Reichsmark, die später auf einundeinviertel Milliarden erhöht wurde, auferlegt, während gleichzeitig die Versicherungssummen, die für die Beschädigung der Gebäude und Wohnungen zu zahlen waren, vom Reich beschlagnahmt wurden. Nach Kriegsausbruch erfolgten in allen besetzten Ländern Maßnahmen, die nach dem Angriff auf die Sowjetunion in ihre letzte Phase traten. Sonderkommandos der SS und der Polizei wurden gebildet, „Einsatzgruppen“, die die Aufgabe hatten, jüdische Bürger aller Länder, Zigeuner und politische Kommissare in den eroberten Gebieten auszurotten. Später wurden in den Vernichtungslagern Menschen, Männer, Frauen und Kinder, vergast. Sechs Millionen ermordete jüdische Männer, Frauen und Kinder waren die Folge, aber nicht etwa erst des November-Pogroms, sondern sie waren die Folge eines Ausscherens des Deutschen Reiches aus der Reihe der zivilisierten Mächte, das, so glaube ich, nicht erst im Jahre 1933 eingesetzt hatte, sondern das in Form vieler Deklamationen und Erklärungen radikaler politischer Führer, besser Verführer, schon vorher bei einem Teil des Volkes festzustellen war.

Hier und heute ist es Zeit, an diese Dinge zu denken wie auch an jenen anderen 9. November, an dem das deutsche Volk bereits einmal — leider vergeblich — versucht hatte, denen die Macht aus den Händen zu nehmen, die für Fehlentwicklungen des deutschen Staates, des Deutschen Reiches, und der deutschen Geschichte verantwortlich waren. Welche Folgen das Versagen demokratischer Politiker hatte, die allzu weich den Staat jenen Kräften überließen, die ihn letztlich zugrunde richteten, das ist die Lehre beider geschichtlich bedeutenden Novembertage.

Das lehren uns der 9. November 1918 und jener unselige Tag 20 Jahre danach.

GEORG PRINZ

DOKUMENT

Eidesstattliche Erklärung

von Rudolf Franz Ferdinand Höß vom 5. April 1946

Ich, Rudolf Franz Ferdinand Höß, sage nach vorhergehender rechtmäßiger Verteidigung aus und erkläre wie folgt:

1. Ich bin 46 Jahre als und Mitglied der NSDAP seit 1922, Mitglied der SS seit 1934; Mitglied der Waffen-SS seit 1939. Ich war Mitglied ab 1. Dez. 1934 des SS-Wachverbandes, des sog. Totenkopfverbandes.
2. Seit 1934 hatte ich unausgesetzt in der Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun und tat Dienst in Dachau bis 1938; dann als Adjutant in Sachsenhausen von 1938 bis zum 1. Mai 1940, zu welcher Zeit ich zum Kommandanten von Auschwitz ernannt wurde. Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dez. 1943 und schätze, daß mindestens 3.000.000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3,5 Millionen Toten ausmacht . . .

aus IMT Band XXXIII

BUNDEJUSTIZMINISTER VOGEL FÜR AUFHEBUNG DER VERJÄHRUNGSFRIST

Bundesjustizminister Hans-Joachim Vogel (SPD) sprach sich uneingeschränkt für eine Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord aus. Vogel erklärte im Pressedienst seiner Partei, er spreche dabei nicht als Mitglied der Bundesregierung. Mord sei die schwerste Form des Unrechts und der Schuld. Die Verbrechen der NS-Zeit veranschaulichten dies. Der in Kopenhagen vom 27. – 30. Aug. 1978 abgehaltene Kongreß europäischer demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände, an dem auch der Bundesvorsitzende unseres Verbandes in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der UDWW teilnahm, hat sich in seiner Resolution ebenfalls gegen die Verjährung in Deutschland gewandt.

ENTSCHLISSUNG

„Angenommen durch die Versammlung der UIRD in Kopenhagen am 29. August 1978.

35 Jahre nach Erhebung der gesamten dänischen Bevölkerung gegen die NS-Besatzung bedanken sich die Vertreter der Union Internationale de la Résistance et de la Déportation (UIRD), Gäste der Zivil- und Militärbehörden der dänischen Regierung und der ehemaligen dänischen Widerstandskämpfer, für den herzlichen Empfang, der ihnen in Dänemark zuteil geworden ist. Sie erweisen König Christian X., seinem Volke und auch der königl. Marine Dänemarks ihre Ehrerbietung im Gedenken an ihre aktive und wirksame Beteiligung am Widerstand der freien Welt gegen die totalitären Unterdrücker.

In Übereinstimmung mit den Referaten der Herren Präsident Per Federspiel, Simon Wiesenthal und Professor Bernard unterstreichen sie die dringende Notwendigkeit, den gestern geführten Kampf zum Schutze der Freiheit und der Menschenrechte, ehemals durch das Naziregime und heute durch alle nach dem 2. Weltkrieg errichteten oder weitergeführten totalitären Mächte bedroht, fortzusetzen, da verschiedene Mächte die Erklärungen und Konventionen von San Francisco und Helsinki nicht beachten. Die Gleichartigkeit der Methoden der Unterdrückung und Verletzungen der Menschenrechte durch diese Mächte verlangt und rechtfertigt die gleichen Formen des Widerstandes und der Opposition.

Indessen sind die Vertreter der UIRD nicht bereit, Geist und Legitimität ihres Widerstandes den Unternehmungen eines blinden und fanatischen Terrorismus, dessen Opfer oft Frauen und Kinder und unschuldige und unbewaffnete Alte sind, zuzubilligen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker rechtfertigt weder Völkermord noch die Ermordung der Christen im Libanon oder die Vernichtung des Staates Israel.

Deshalb verpflichten sie sich, den Kampf für Freiheit und Menschenrechte fortzusetzen und totalitäre Unterdrückung und KZ-Regime überall dort anzuklagen, wo sie bestehen.

Übereinstimmend empfehlen sie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Maßnahmen gegen die Verjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ergreifen.

Sie verdammen wirtschaftliche Überlegungen, wenn sie dazu führen, totalitäre Staaten zu stützen und die Unterdrückung gegenüber den demokratischen Kräften, die für die Unterdrückten die einzige Hoffnung bleiben, verlängern.

Um diesen inneren Widerstand zu fördern und zu unterstützen, sollte die freie Welt energisch alle Verletzungen von Menschenrechten zurückweisen und auf Teilnahme an internationalen Kundgebungen der Freundschaft und Solidarität von Mächten, die gegen die Freiheit sind, verzichten.

Um den Erklärungen und Konventionen der Menschenrechte allgemeine Achtung zu verschaffen, sollte ein europäisches Bürgerrecht, das Pflichten der Bürger und Gemeinschaften im Bewußtsein aller verankert, geschaffen werden."

Georg Prinz, Bundesvorsitzender Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und Vorsitzender der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V., sprach in Kopenhagen auf einer zu Ehren des Kongresses demokratischer Widerstandskämpfer abgehaltenen Tagung der Heimwehr (dänische Territorialarmee). An der Feierstunde nahm als Vertreter der Königin auch Prinz Georg von Dänemark teil.

BUNDESKONGRESS 1979 IN BERLIN

Der erweiterte Bundesvorstand Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. beschloß am 18. November 1978 im Käthe-Kollwitz-Haus in Frankfurt:

1. Der nächste Bundeskongreß findet Ostern 1979 in Berlin statt.
2. Die Anreise der Teilnehmer soll tunlichst bereits am Karfreitag oder früher erfolgen.
3. In größerem Umfang sollen an diesem Bundeskongreß auch Gastdelegierte und Familienangehörige teilnehmen.

ANTIFASCHISMUS = ANTIKOMMUNISMUS

Aus dem Jahresbericht Verband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter in der UDWW

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) ruft im Hinblick auf die neueste Entwicklung in Schleswig-Holstein immer wieder zur Zusammenarbeit „aller antifaschistischer Kräfte“ auf. Diese Organisation, die im Bundesgebiet über etwa 11.000 Mitglieder verfüge, und bei der die Hälfte der Angehörigen des Präsidiums Kommunisten seien, käme als Gesprächspartner überhaupt nicht in Betracht. Zwei Mitglieder des Präsidiums sind Träger der sowjetischen Lenin-Medaille.

Im Gegensatz zur VVN habe der VDWW – bei aller kritischen Würdigung von Einzelfällen – gute Kontakte zur Bundeswehr. Ein ausgezeichnetes Verhältnis bestehe zum Kommandeur der 12. Panzerdivision, General Gert Bastian.

Der Landesvorsitzende Leonhard Schwarz rief die Delegierten zur Wachsamkeit gegenüber Links- und Rechtsradikalen auf. Offen sei die Frage, ob und in welchem Umfang rechtsradikale Gruppen von östlichen Diensten unterwandert seien und entsprechend gesteuert und manipuliert würden. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden könne nur in einem Fall hiervon ausgegangen werden.

Im übrigen halten wir es mit dem Politiker Dr. Alfred Dregger, der erst kürzlich erklärte: „Ein Demokrat kann nur sein, wer Antifaschist und Antikommunist zugleich ist. Wer nur von Adolf Hitler redet und von Josef Stalin schweigt, gefährdet Frieden und Demokratie in der Gegenwart.“

DIE HECKE TEILT DEN FRIEDHOF

Paris. — Zu einer Geste von hohem symbolischen Wert am Volkstrauertag hat sich die französische Regierung entschlossen. Staatssekretär Plantier vom Ministerium für Frontkämpfer wird gemeinsam mit dem deutschen Botschafter Herbst auf dem Lothringer Soldatenfriedhof Reillon bei Luneville einen Kranz niederlegen. Dort sind über 10 000 deutsche und französische Soldaten aus den beiden Weltkriegen begraben. Zum erstenmal seit 1918 erscheinen somit zwei hohe Regierungsvertreter aus Frankreich und Deutschland auf einem gemeinsamen Friedhof.

Die Anregung kommt vom Pariser Ministerium für Frontkämpfer. Staatssekretär Plantier, der der gaullistischen Regierungspartei RPR angehört und Widerstandskämpfer war, willigte zu einer symbolischen Geste während der Trauerfeier am 19. November auf dem Soldatenfriedhof Reillon ein: jene dicke, hohe Hecke, die über 7000 deutsche Gräber von den etwa 3000 französischen Gräbern trennt und somit den Friedhof in zwei Teile teilt, soll weggenommen werden. Staatssekretär Plantier und Botschafter Herbst werden symbolisch zwei Bäume fällen.

Kameraden ! Bestellt alle Eure Bücher über uns. Ihr zahlt den Original-Preis und wir erhalten von der Buchhandlung 10 % als Spende. Reichsbanner-Bundesvorstand.

FLUCHT VOR HITLER

Daß ein Buch erst 40 Jahre nach der Niederschrift erscheint, ist zumindest dann selten, wenn der Verfasser in der Zwischenzeit zu Macht und Ehren gelangt ist und es sich nicht um eine „Jugendsünde“ handelt, an die er sich später ungenervt erinnert.

Der bayerische Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, einziger Ministerpräsident des Bundeslandes Bayern, der der SPD angehörte, dort selbst auch Innen- und Justizminister, schrieb im Schweizer Exil seine Erinnerungen an die „Flucht vor Hitler“ nieder, die den bezeichnenden Untertitel tragen „Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933“. Das ist die zwar nicht ausgewogenste, aber anschaulichste, weil unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse geschriebene Darstellung der „Machtergreifung“ der Nazis, bei der lediglich die Reichskanzlerwahl und die nachfolgende Kabinettsbildung formal legal waren. Nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches und seiner Rückkehr nach Deutschland schien es dem Autor offenbar nicht opportun, den Text samt SPD-kritischen Passagen zu publizieren.

Wenig im Bewußtsein ist die Tatsache, daß nicht diejenige Reichstagsitzung, in der gegen ihr Votum das Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, die letzte war, an der Sozialdemokraten teilnahmen, sondern eine Sitzung im Mai 1933. Damals gab Hitler eine außenpolitische Erklärung ab, und anschließend sollte eine Entschließung verabschiedet werden, in der die Erklärung der Reichsregierung gebilligt und erklärt wurde, der Reichstag stelle sich in der für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung. Einerseits hatte die SPD diese Forderung früher genauso erhoben, konnte also aus sachlichen Gründen kaum dagegen stimmen; darüber hinaus mußte die SPD-Reichstagsfraktion, schon durch Verhaftungen dezimiert, eine „Nacht der langen Messer“ fürchten, wenn sie aus Protest nicht zustimmt. Vertreter des im Saarbrücker Exil tätigen Parteivorstandes, die immerhin noch hin und her reisen konnten, verlangten ein Fernbleiben von der Sitzung, stießen aber auf erheblichen Widerstand.

Hoegner über die letzte Fraktionssitzung: „Das Mißtrauen gegeneinander blieb, es blieben die Vorbehalte und es blieb die unsägliche Verachtung für Handlungen, die der eine oder andere aus Furcht oder Selbstsucht beging. Wir schauten einander auf den Grund der Seelen, wir lasen einander die ersten Bruchstücke eines Gedankens von der Stirn. Dieser hatte Furcht in den Augen, er wählte die geringere Gefahr. Jener war leichtgläubig und erhoffte von einer Geste deutscher Einigkeit die Schonung und Duldung seiner Partei. Ein anderer war in der Fraktion seit Jahren nicht zur Geltung gekommen und wollte sich jetzt rächen, indem er in allem das Gegenteil tat. Wieder einige hielten sich für kluge Politiker und sprachen sich daher für jede vernünftige, maßvolle und nach den Gesetzen der Logik angebrachte Entscheidung aus.“

Nicht wenige sahen erst sich im Kreis umher, ob eine Mehrheit für die ungefährliche Meinung vorhanden war, und stimmten dann dagegen, um sich als radikale, senkrechte und unnachgiebige Männer von altem Schrot und Korn aufspielen zu können. Die echten Dickköpfe, die jede taktische Schwenkung verschmähten und mit gesenkten Häuptern gegen die Mauer rannten, waren selten geworden.“

Gegen wenige Stimmen stimmte die Fraktion für Teilnahme, ohne ihr Schicksal damit beeinflussen zu können. Der SPD-Politiker weiß von Gewerkschaftsfunktionären zu berichten, die schnell auf Distanz zu den Sozialdemokraten gingen, weil sie erhofften, nach italo-faschistischem Beispiel in die Dienste einer Staatsgewerkschaft übernommen zu werden.

Hoegner macht keinen Hehl aus seiner Enttäuschung, daß die Parteien der Weimarer Republik kampflös kapitulierten. Er führt einzelne Beispiele an, etwa von der Kampfbereitschaft des Reichsbanners, aber der Deutsche sei Soldat, warte immer auf einen Befehl, der nicht gekommen sei. Bei Hoegner wiederum findet sich, obwohl selbst promovierter Jurist, die typische Intellektuellenfeindschaft, die die SPD immer gekennzeichnet hat und die erklärt, warum die Bildungspolitik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre nie eine sichere Basis in der Partei hatte. Eine unerbittliche Wahrheit!

Willi Beuk

Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler – Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933 – Nymphenburger Verlagshandlung GmbH, München, DM 26,-.

HEER MIT GRÖßERER KAMPFKRAFT

Bundesverteidigungsminister Apel legte die Entscheidungen zum Heeresmodell 4 der Öffentlichkeit vor. Damit soll mit nur wenig mehr Kosten eine stärkere Kampfkraft erreicht werden. Erstmals wird damit die Forderung der NATO nach Gestellung von 36 Brigaden (bisher 33) erfüllt. Durch Umgliederung wird auch das Territorialheer verstärkt. Für den größeren Teil der NATO-Kategorie B 1 bedeutet das eine Einsatzbereitschaft innerhalb von 48 Stunden.

OLYMPISCHE SPIELE IN MOSKAU IN ZWEIFEL

Der britische Außenminister David Owen hat die Eignung der Sowjetunion als Austrichter der Olympischen Sommerspiele 1980 bezweifelt. Im britischen Fernsehen sagte der Minister, die Sowjets sollten es nicht als gegeben erachten, daß die Spiele auch tatsächlich in Moskau stattfinden. Großbritannien könnte sich veranlaßt sehen, in der Frage der Menschenrechte einen harten Standpunkt einzunehmen. Owen erklärte, wenn im britischen Volk und bei anderen Völkern in der Welt das Gefühl zunehme, daß die Sowjetunion Ethik und Prinzipien, die der olympischen Idee zugrunde lägen, weiterhin mißachte, dann würden die Spiele in Moskau seiner Meinung nach fraglos in Zweifel gezogen. Dazu würden schon die britischen Wähler die Regierung zwingen. (SZ)

KADETTENBESUCH IN MOSKAU ABGESAGT

Aus Empörung über die jüngsten Dissidentenprozesse hat die britische Regierung den in der Sowjetunion vorgesehenen Besuch einer Kadettendelegation der Royal Air Force abgesagt. Seit den Prozessen gegen Schtscharinskij und Ginsburg hat die britische Regierung damit bereits zum dritten Mal öffentlich ihre Mißbilligung bekundet. (FAZ)

NACHRUF

1908

Walter Jansen

1978

Während eines Freundschaftsbesuchs in Schweden erlag Walter Jansen am 15. Juni 1978 einem Herzinfarkt. Sein Ableben hat eine spürbare Lücke in unsere Reihen gerissen. Das Reichsbanner verliert in dem Dahingeshiedenen einen seiner treuesten und aktivsten Mitstreiter.

Walter Jansen wurde am 1. März 1908 in Gautsch, Kr. Leipzig, geboren. Schon in jungen Jahren fand er den Weg zur sozialistischen Jugendbewegung. In der Weimarer Zeit war Walter Jansen vor allem im Reichsbanner aktiv. 1925 trat er dem Reichsbanner in Leipzig bei und leitete dort ab 1930 den Reichsbannernachrichtendienst.

Wie viele von uns hatte auch Walter Jansen unter den Verfolgungen der Nazizeit leiden müssen, war im Juli 1933 verhaftet, ins Schutzhaftlager Sachsenburg bei Mittweida (Sa.) gebracht worden und Anfang November 1933 entlassen. Auf dringendes Anraten von Freunden ging er im April 1934 über die „grüne“ Grenze in die Tschecho-Slowakei.

Nach dem II. Weltkrieg trat Walter Jansen wieder der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaft ÖTV und dem Reichsbanner bei. Als Mitglied der Bundeszentrale des Reichsbanners hat er zur Reaktivierung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf Bundesebene am 25.5.1968 im Frankfurter Römer beigetragen. 1972/74 war er stellvertretender Bundes-Pressereferent, seit 1970 Pressereferent des Landesverbandes Bremen/Weser-Ems – Schleswig-Holstein. Unermüdet wirkte und arbeitete Walter Jansen mit Gleichgesinnten im Reichsbanner für die Sache der Demokratie, so wie es ihm um die Demokratie der Weimarer Republik gegangen war. Er war der entschiedenste, wenn es galt, das Reichsbanner auf die Gegebenheiten und Notwendigkeiten unserer Zeit einzustellen. Er kam zu der Erkenntnis, daß man auch im Reichsbanner nicht einfach da weitermachen kann, wo es 1933 aufhörte, und daß die neue Zeit auch nach neuen Formen und Grundlagen verlangte. Konsequenz und allen Schwierigkeiten zum Trotz setzte er sich für die Verbreitung dieser Erkenntnisse innerhalb des Reichsbanners ein. Ohne auf seine bereits seit längerer Zeit angegriffene Gesundheit zu achten, fuhr er nach Schweden, um Freunde aus der Widerstandszeit zu besuchen.

Wir haben einen guten Kameraden verloren, der seit frühester Jugend dem Reichsbanner treu gedient hat.

Am 14. November 1978 verschied einer unserer besten Kameraden

Erich Kunze

Von Anfang an dabei, war er uns allen ein guter Freund. Wir werden ihn nie vergessen.

Peter Schneider
Vorsitzender Landesverband
Niedersachsen
Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold

Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 34

496 Seiten, Halbleinen DM 58.—

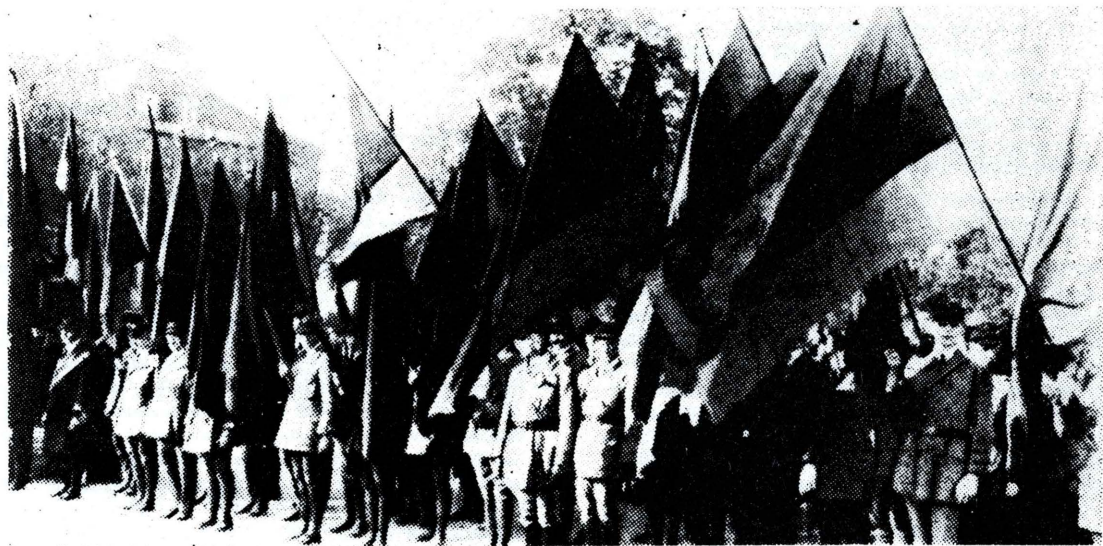
„... man muß sogar sagen, daß mit der vorliegenden Arbeit, die an Fülle veröffentlichten und unveröffentlichten Materials, an Intensität seiner Auswertung und an differenzierender Deutung nichts zu wünschen übrig läßt, das Reichsbanner überhaupt erst ein würdiges literarisches Denkmal gesetzt erhält.

Rohes Untersuchungen sind zugleich ein wertvoller Beitrag zur Weimarer Parteiengeschichte und namentlich auch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine reichhaltige Fundgrube zum Thema der Kampfbünde bzw. der Wehrverbände bieten vor allem Rohes vergleichende Analysen einschlägiger in- und ausländischer Organisationen. Der Verfasser legt also weitaus mehr vor als man von einer Verbandsgeschichte gemeinhin erwartet denn wir haben es hier nicht mit einem schlichten „Lebenslauf“, sondern mit einer anspruchsvollen „Biographie“ des Reichsbanners zu tun.“

Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands

Droste Verlag · Düsseldorf · Pressehaus



Reichsbanner-Treffen am 26. 9. 1924 auf dem Bassinplatz in Potsdam.

KAMERAD, HAST AUCH DU SCHON EIN NEUES MITGLIED GEWORBEN ?

Nimm, wenn es möglich ist, für einen bestimmten Zeitabschnitt vom zuständigen Ortsverein oder von der Bundeszentrale **mindestens ein zusätzliches** Exemplar unserer Zeitung ab und gib es an einen Interessenten weiter. Das kleine finanzielle Opfer lohnt sich für uns.

- Wer Mitglied des Reichsbanners werden
- oder seine frühere Mitgliedschaft wieder aufleben lassen will,
- wende sich an den nachstehenden Verteiler dieser Zeitung: (Stempel, Anschrift in Maschinen- oder Blockschrift)

- oder direkt an die Bundesgeschäftsstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 6 Frankfurt/M., Reineckstraße 7.

Beitrittserklärung

Name

geb. am

Wohnort

Wohnung

INHALT

| | Seite |
|--|-------|
| Gedanken zu den November-Programmen (G. Prinz) | 1 |
| Dokument Rudolf Fr. Ferd. Höß | 2 |
| Minister Vogel zur Verjährungsfrist (Entschließung der UIRD in Kopenhagen) | 2 |
| Kurzmeldungen | 2/3 |
| „Flucht vor Hitler“ von Wilh. Hoegner (W. Beuk) | 3 |
| Nachruf Walter Jansen - Erich Kunze | 3 |

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Nr. 5 — Oktober 1978 — 22. Jahrgang — erscheint seit 1924.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7

Verantwortlich: Helmut Esser, Rüsselsheim — Siegfried Keiling, Bad Homburg — Fritz König, Frankfurt — Georg Prinz, Diedenbergen.

Gerichtsstand und Erfüllungsort Frankfurt/Main.

Druck: Foto-Druck-Color, Frankfurt, Königsberger Str. 8, Tel. (0611) 77 67 74 / 77 18 36.

Die unter Verfassernamen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung zweifach. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Erscheint zweimonatlich. Bezugspreis jährlich: DM 3,60 (+ Porto). Abbestellungen bis sechs Wochen vor Jahresschluß. Redaktionsschluß am 1., Anzeigeschluß am 5. jeden 2. Monats.